

BERLINER RUND.



ZUKUNFT FÜR AFGHANISTAN

Frank Henkel bei Berliner Polizisten vor Ort

Seite 4-5



Konzept für bezahlbares Wohnen

CDU-Strategien für den Bau neuer Wohnungen

Seite 6



Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Zeitzeugen berichten aus Berlin und Jena

Seite 8-9

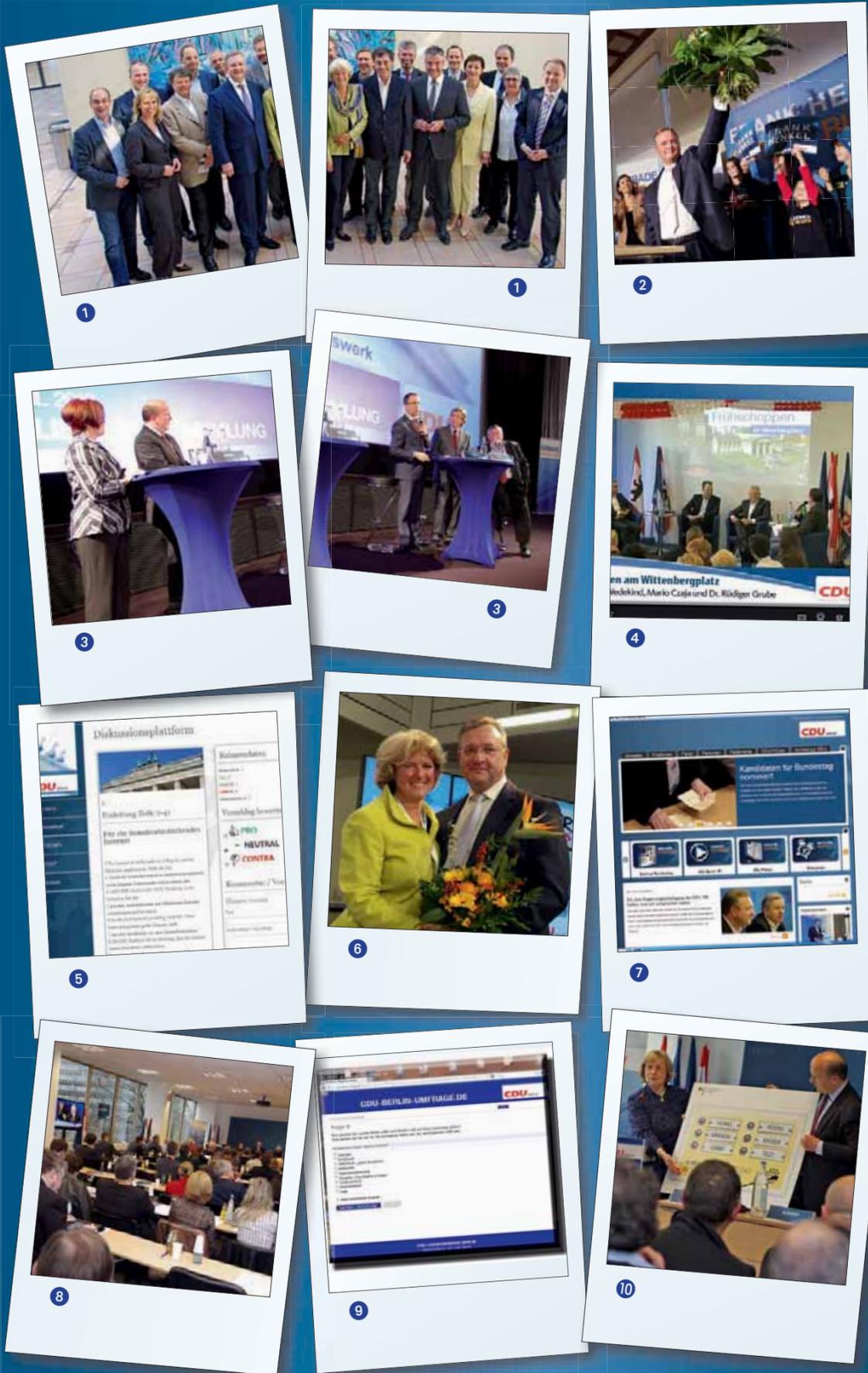


Der friedlichste 1. Mai seit Jahren in Berlin

Die Polizei hatte die Lage jederzeit im Griff

Seite 16

Höhepunkte der letzten zwei Jahre



1. Der im Mai 2011 gewählte Landesvorstand
2. Berliner CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Frank Henkel nach der erfolgreichen Wahl 2011
3. Landesmitgliederversammlung „Lebenswertes Berlin - in jedem Alter“
4. Live-Stream unseres ersten „Frühschoppen am Wittenbergplatz“ mit dem Senator für Gesundheit und Soziales Mario Czaja, Bahnchef Rüdiger Grube und Zeitungsjournalist Olaf Wedekind
5. Neue interne Kommunikationsplattform für Mitglieder auf www.cdu-berlin-diskutiert.de
6. Landesvertreterversammlung: Wahl von Monika Grütters zur Spitzenkandidatin der CDU Berlin für die Bundestagswahl 2013
7. Neuer Internetauftritt der CDU Berlin auf www.cduberlin.de
8. Kleine Landesparteitag „Ein starkes Berlin in einem starken Europa“ mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble
9. Im Rahmen der Kampagne „Wir wollen's wissen“ nehmen die CDU-Mitglieder an einer monatlichen Umfrage teil
10. Gründungsveranstaltung des Netzwerkes Integration der CDU Berlin mit der Staatsministerin und Integrationsbeauftragten der Bundesregierung Maria Böhmer



IHRE MEINUNG ZÄHLT

Auch in den zurückliegenden Wochen hat die CDU Berlin ihre Mitglieder wieder um deren Meinung gebeten. Bestes Beispiel für einen direkten Zugang der Mitglieder zur Meinungs- und Entscheidungsbildung im Landesverband ist aktuell die Beteiligungsmöglichkeit im Internet. So wurde der Leitantrag „Stabile Kieze“ an alle Mitglieder elektronisch verschickt und außerdem auf der mitgliederinternen Seite www.cdu-berlin-diskutiert.de zur Diskussion gestellt. Aus den zahlreichen Anregungen übernahm die Antragskommission eine Vielzahl von Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschlägen und brachte diese als eigene Anträge ein. Jetzt muss der Landesparteitag darüber entscheiden.

Die Berliner CDU-Mitglieder hatten auch in den letzten Wochen wieder Gelegenheit sich an den Online-Umfragen des Landesverbandes zu be-

Das sagen Sie zum Papst, zur DM oder zu den Euro-Bonds

teiligen. Und nicht nur das. Bei der Umfrage im April bestand die Möglichkeit, an den Gast des Kleinen Landesparteitages, Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble, direkt eine Frage zu richten. Über 100 Fragen, Anmerkungen oder auch Grüße kamen so zustande. Auf der ebenfalls eine Neuerung, live im Internet übertragenen Sitzung wurden dann – so wie es die begrenzte Zeit zuließ – einzelne Fragen direkt beantwortet.

Die letzten beiden Umfragen im Internet ergaben im Übrigen weitere interessante Ergebnisse. Bei der März-Umfrage vor Ostern und rund um den Equal-Pay-Day sah ein Drittel der CDU-Mitglieder noch einen weiten Weg bis zur wirklichen Gleichberechtigung von Frauen und Männern, der Rest sah sie weitestgehend erreicht (40%) oder drängendere Probleme (26%). Eine völlige Freigabe des Sonntagsverkaufs wollten nur 21 Prozent. 64 Prozent fanden den Umstand schön, dass der ehemalige Papst ein Deutscher war. Auf die aktuelle Frage, wie es nach dem Baustopp an der East Side Gallery weitergehen solle, lehnten 11 Prozent jede Bebauung ab. Demgegenüber betonten 18 Prozent die Bedeutung der Baugenehmigung. Der Rest

sprach sich für den Bestand bzw. die Wiederaufstellung der Mauerteile aus.

Im April wollten wir anlässlich des Kleinen Landesparteitages und der Verabschiedung des Europapapiers wissen, wie die Mitglieder der CDU Berlin es mit der europäischen Einigung halten. Dabei sagten beinahe Zweidrittel, dass die Mitgliedschaft in der EU für Deutschland mehr Vor- als Nachteile bringe, 11 Prozent waren gegenteiliger Auffassung. Der Euro ist inzwischen als Währung ganz mehrheitlich anerkannt. Trotzdem wünschten sich noch 23 Prozent eher die DM zurück. Wenn es um das große Geld geht, sind die Berliner Christdemokraten sich jedoch einig und stimmten mit 81 Prozent gegen die von der Opposition geforderte Einführung sogenannter „Euro-Bonds“. Interessant auch die Zahlen zur Frage nach einem EU-Beitritt der Türkei. 57 Prozent sahen zuviel Trennendes zwischen EU und der Türkei, aber 37 Prozent konnten sich einen Beitritt vorstellen, wenn alle erforderlichen Kriterien erfüllt werden. Weitere 5 Prozent wünschten sich, dass diese bald kommen möge.

weiter auf Seite 14

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

bei unserem Landesparteitag am 1. Juni 2013 werden wieder mehrere hundert Delegierte aus allen Kreisverbänden miteinander beraten und wichtige Beschlüsse fassen. Eine Partei lebt von engagierten Mitgliedern. Unser Ziel ist es daher, auch abseits von Parteitagen und Mitgliederversammlungen die Beteiligungsmöglichkeiten konsequent weiter auszubauen. Hier haben wir bereits große Erfolge erzielt.

So haben wir die Diskussionsplattform cdu-berlin-diskutiert.de eingerichtet. Viele Mitglieder haben sich an den Debatten über unsere Papiere beteiligt und wertvolle Anregungen in den Diskussionsprozess eingebracht. Hierzu haben auch unsere neu eingeführten monatlichen Umfragen beigetragen. Weiterhin haben wir den „Frühschoppen am Wittenbergplatz“ als zusätzliche Veranstaltungsreihe erfolgreich etabliert. Der Zuspruch unserer Mitglieder ist überwältigend. Wer keinen der begrenzten Plätze bekommt, kann den Livestream unter www.cduberlin.de nutzen.

Passend dazu haben wir unser Erscheinungsbild im Internet

erneuert. Der Landesverband präsentiert sich in einem frischen und ansprechenden Design. Die Berliner CDU ist seither nicht nur inhaltlich, sondern auch optisch unverwechselbar. So können uns die Berlinerinnen und Berliner auf einen Blick wiedererkennen.

Nicht zuletzt dank der beschriebenen Erneuerungen steht die Berliner CDU gut da. In Umfragen sind wir klar die stärkste Kraft. Deshalb werden wir den eingeschrittenen Weg als moderne, lebendige und diskussionsfreudige Großstadtpartei auch in Zukunft konsequent fortsetzen.

Mit herzlichen Grüßen

Kai Wegner

Kai Wegner, MdB
Generalsekretär der CDU Berlin



AUF EIN WORT

Mädchenlachen, das die Zukunft ist

Vom 22. bis 27. März 2013 erkundigte sich der Berliner Innensenator, Frank Henkel, wie es den Berliner Polizisten in Afghanistan ergeht und wie die Arbeit der Polizei im Land einzuschätzen ist (eine ausführlichere Version seines Berichts finden Sie im Internet, bitte folgen Sie dem QR-Code am Ende des Artikels).

„Es regnet, als wir in Kabul landen. Ein unruhiger Flug und über 15 Stunden Anreise liegen hinter der Delegation, die neben mir und meinem Polizeipräsidenten, Klaus Kandt, aus dem Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier, und dem Leiter des Referates für grenzpolizeiliche Angelegenheiten und der Geschäftsstelle für internationale Polizeimissionen im Bundesministerium für Inneres, Dr. Christoph Ehrentraut, besteht. Wir werden auf dem militärischen Teil des Kabul International Airport empfangen und zum ersten Briefing begleitet.

Aus der eigentlich als Umsteige-Stopp auf der Weiterreise nach Mazar-e Sharif geplanten Landung in Kabul, wurde aufgrund der schlechten Wetterlage ein mehrstündiger Aufenthalt. Die Zeit wird zur kurzen, ersten Vorstellung der Missionen genutzt, allen voran der seit 2002 laufenden polizeilichen Projektgruppe des German Police Project Team (GPPT). Rund 200 deutsche Polizisten haben in den letzten zehn Jahren afghanische Polizisten und Polizei-Ausbilder – so genannte Trainees – ausgebildet. Durch die Deutsche Hilfe konnte in dem immer noch sicherheitspolitisch instabilen Land eine eigene Polizeistruktur aufgebaut und zudem ein funktionierendes Ausbildungssystem geschaffen werden. Ein Land mit 29,8 Mio. Einwohnern, die sich auf einer Gesamtfläche von über 650.000 km² aus mindestens vier ethnischen und drei religiösen Gruppierungen zusammensetzen, hat jedoch völlig andere, unbekannte Sicherheitsanforderungen. Das afghanische Volk hat jahrzehntelange Kriege hinter sich; es ist arm: arm an Bildung, arm an Infrastruktur, arm an Kultur



Ein gut geschützter Appell zu Ehren der Gäste aus Deutschland

und vor allem arm an Vertrauen als die ISAF (International Security Assistance Force) ihre Sicherheits- und Aufbaumission unter NATO-Führung 2001 beginnt. Derzeit sind 50 Länder mit 129.895 Soldaten an der ISAF beteiligt, davon 4.715 aus Deutschland (Stand: 9. Januar 2012).

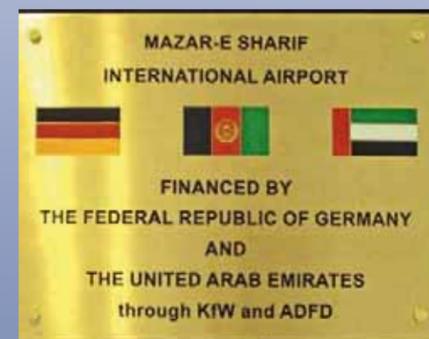


Unser Weiterflug mit einer norwegischen ISAF-Maschine bringt uns mitten in der Nacht sicher zum International Airport in Mazar-e Sharif im Regionalkommando Nord (RC North). Am Fuße des Hindukusch liegt hier das größte Feldlager der Deutschen Bundeswehr außerhalb Deutschlands, das seit September 2005 auf einer Fläche von 2.000 m x 1.000 m entstand. Der nächste Tag beginnt mit einem gemeinsamen Besuch des Ehrenhains und dem Gedenken der gefallenen Deutschen Soldaten. Über dem Camp schwebt Tag und Nacht ein Beobachtungs-Zeppelin – The Eye genannt – ausgerüstet mit Hochleistungskameras überwacht es die Umgebung in einem Radius aus mehreren hundert Kilometern. Es gibt wahrscheinlich in Afghanistan keinen sicheren Ort, als hier. ISAF-Soldaten, -Mitarbeiter und -Polizisten verlassen das Camp nur zu offiziellen Anlässen. Private Besuche außerhalb des Camps oder gar das Annehmen von Einladungen afghanischer Kollegen (sogenannte social moves) sind strengstens untersagt.

Während des nachmittäglichen Besuches der deutschen Polizeiausbildungsstätte (GPTC) und im Gespräch mit Generalleutnant Baba Jan, dem Kommandierenden General der Uniformierten Polizei im Nordbereich Afghanistans, wird deutlich, dass die deutsche Hilfe bei der Polizeiausbildung für die gesamtstaatliche Entwicklung Afghanistans einen unverzichtbaren Beitrag leistet. Die afghanische Polizei verfügt mittlerweile über mehr als 350.000 Beamtinnen und Beamte. Diese Akademie schafft Sicherheit für die Bürger in Afghanistan und somit auch für die Menschen zu Hause in Deutschland. Bei der abendlichen Verleihung der Afghanistan-Spange

– mit der seit Januar 2011 GPPT-Polizeibeamtinnen und -beamte als Zeichen des Dankes und der Anerkennung ausgezeichnet werden – ergeben sich erstmalig direkte Gespräche mit den Kollegen aus Berlin. In Mazar-e Sharif befinden sich sieben und in Kabul vier Berlinerinnen und Berliner im Einsatz.

Auch wenn die Sicherheit im Inland zunehmend durch afghanische Kräfte gewährleistet wird, die ihre wachsende Selbstständigkeit und Ope-



rationskompetenz immer mehr unter Beweis stellen, ist die Gefährdungslage im Land weiterhin instabil. Der Angriff gegen das Green Village im Mai 2012 mit mehreren Toten zeigt dies auf erschreckende Weise.

Zum ersten Mal verlassen wir später im Konvoi die gesicherten Unterkünfte und fahren direkt durch Kabul zum Afghanischen Innenministerium. Im ministerialen Amtssitz des Innenministers Patang werden wir von ihm und führenden Polizeioffizieren begrüßt. Die Deutsche Aufbauhilfe für die afghanische Polizei ist bei der afghanischen Bevölkerung und bei allen Partnern hoch anerkannt. „Deutschland sollte auch nach dem Rückzug der ISAF-Truppen Afghanistan nicht vergessen, da die erreichten Fortschritte bei Aufbau und Ausbildung einer eigenständigen afghanischen Polizei noch weiterer Unterstützung bedürfen.“, so Patangs Wunsch. Der anschließende Besuch der Afghan National

Police Academy (ANPA) und das Gespräch mit Akademieleiter Brigadegeneral Sailab geben uns weitere Einblicke in die wichtige, engagierte Arbeit des GPPT. 2012 hatte das deutsche Polizeikontingent eine Gesamtstärke von 191 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten. Dabei handelt es sich um 74 Bundes- und 117 Länderpolizisten.

Der letzte Tag begann mit dem Besuch der Delegation des gerade mit deutschen Mitteln fertig gestellten International Airport Mazar-e Sharif, welcher 2014 in Betrieb gehen soll. Eigens für die Einhaltung der Grenzüberwachung und Zollaufgaben wurde in Afghanistan eine Hundestafel geschaffen und vom GPPT ausgebildet. Bei einer praktischen Vorführung der Einsatzmittel zeigen die Afghanen die kontinuierliche Weiterentwicklung ihrer Fähigkeiten. Die außerordentliche Entwicklungs- und Aufbauhilfe Deutschlands ist ein wichtiger Einsatz um den Gefahren des Terrorismus Einhalt zu gewähren. Ein Menschenleben hatte in Afghanistan jahrzehntelang wenig Wert. Die Arbeit der ISAF-Mission unter deutscher Beteiligung



Eine von den Deutschen ausgebildete Hundestafel bei einer Übung

in den letzten zwölf Jahren hat dazu beigetragen, dass jedes einzelne Leben am Hindukusch wieder zählt. Wenn einem auf der Straße eine Gruppe kleiner Mädchen mit weißen Kopftüchern lachend entgegenkommt, dann kann man aufatmen: Das ist die Zukunft. Seit 2012 liegen



Innenminister Lorenz Caffier, Innensenator Frank Henkel und Berlins Polizeipräsident Klaus Kandt (v.l.n.r.) im Gespräch mit afghanischen Sicherheitspartnern

alle Provinzhauptstädte sowie 75 % der Bevölkerung in der Sicherheitsverantwortung der afghanischen Sicherheitskräfte. Damit leben 90 % der afghanischen Bevölkerung in Regionen, in denen die Transition (Übergang in die Eigenverantwortlichkeit – sozusagen der langsame Rückzug der ISAF ab 2014) eingeleitet wurde. Die Sicherheitslage in diesen Gebieten ist stabil geblieben und konnte sich teilweise sogar leicht verbessern. Die Afghanen haben mehrfach gezeigt, dass sie komplexe Situationen professionell und weitestgehend eigenständig bewältigen können. Dennoch sollte die enge Partnerschaft mit Afghanistan auch über das Ende der Transitionphase hinausgehen.

Meinen Kolleginnen und Kollegen vor Ort möchte ich auch an dieser Stelle noch einmal meinen herzlichen Dank und unglaublichen Respekt vor Ihrer Arbeit ausdrücken. Während meines Besuches konnte ich mich von der Kompetenz, Professionalität und dem unermüdligen Engagement überzeugen. Wer in Afghanistan – fernab der Heimat – Verantwortung übernimmt und hervorragende Arbeit in einem schwierigen Umfeld leistet, verdient meine vollste Anerkennung und Hochachtung.

Frank Henkel



Berliner CDU hat Konzept für bezahlbares Wohnen

In der letzten Sonderausgabe der Berliner Rundschau haben wir uns ausführlich dem Konzept der Berliner CDU für bezahlbares Wohnen und einem schnellen Wohnungsbau gewidmet. In der aktuellen Ausgabe fassen wir die zentralen Punkte dieses Konzeptes noch einmal zusammen:

Die Berliner CDU hat den Handlungsbedarf auf dem Wohnungsmarkt erkannt. Auf ihrer Klausurtagung in Dresden hat die CDU-Fraktion daher gemeinsam mit Experten des Berliner Mietervereins, der Investitionsbank und der Wohnungswirtschaft Strategien für einen schnellen Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen erarbeitet.

Die Reaktionen auf die beschlossenen Maßnahmen waren positiv. Reiner Wild, Geschäftsführer des Berliner Mietervereins, sagte: „Der Berliner Mieterverein begrüßt die Initiative der CDU-Fraktion, hier umfassende Konzepte auch und gerade für die Schaffung preiswerten Wohnraums vorzulegen.“ Außerdem betonte Maren Kern, Vorstandsmitglied des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU): „Der von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Wohnungsbaufonds ist aus Sicht des BBU ein richtiger und wichtiger Schritt für notwendigen und schnellen Wohnungsneubau.“ Der BBU repräsentiert Landesunternehmen

und Genossenschaften mit insgesamt 600.000 Wohneinheiten. Auch die mediale Berichterstattung über das Konzept für bezahlbares Wohnen und einen schnellen Wohnungsneubau war positiv und nahm einen breiten Raum ein. Der Landesvorsitzende der CDU Berlin und Bürgermeister Frank Henkel sagte in der Sonderausgabe der „Berliner Rundschau“ zu den Beschlüssen: „Gerade in Berlin ist Mietenpolitik auch Sozialpolitik. Indem wir das Wohnumfeld gestalten und sozialverträgliche Mieten sichern, erhöht sich die Lebensqualität der Menschen und die soziale Balance in den Kiezen wird gefördert.“ Dem Vorsitzenden der Christdemokraten im Abgeordnetenhaus von Berlin, Florian Graf, war besonders wichtig, dass die vorgelegten Strategien in sich schlüssig und ausfinanziert sind. „Mit der Ausfinanzierung wird verhindert, dass Verpflichtungen zu Lasten kommender Generationen eingegangen werden“, versichert Graf. Matthias Brauner, mieten- und wohnungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, hat maßgeblich am neuen Konzept mitgearbeitet. Er geht von mindestens 76.500 zusätzlichen Wohnungen aus. Davon sollen 30.000 im städtischen Bestand hinzukommen, weitere 30.000 durch private Träger, 10.000 sollen mit Mietpreisbindung über Belegungsrechte versehen und 6.500 über Familienbaurdarlehen gefördert werden.

Mittels eines Wohnungsbaufonds will die CDU-Fraktion die geförderte Miete, die Belegungsrechte und die Familienbaurdarlehen sowie die Förderung des altersgerechten Wohnens finanzieren. Bis 2019 soll dieser Fonds durch die Neubauförderung des Bundes sowie aus überplanmäßigen Rückflüssen aus dem Landeshaushalt bis auf 288 Millionen gespeist werden.

In der Sonderausgabe der Berliner Rundschau zu diesem Thema sagte CDU-Landeschef Frank Henkel abschließend: „Es muss alles daran gesetzt werden, schnellstmöglich die Stadt mit zusätzlichen Wohnungen zu versorgen, die für die Menschen bezahlbar sind. All dies bietet das vorgelegte Konzept.“



Koalitionsfraktionen wollen in Wohnungsneubau, Infrastruktur und Bildung investieren

Fraktionen von CDU und SPD einigen sich auf umfangreiches Paket

In Sicherheit lernen

Bereits bei ihrer Klausurtagung im April 2012 hatte die CDU-Fraktion ein Maßnahmenpaket für mehr Sicherheit an den Berliner Grundschulen verabschiedet. Nun konnte dieses Paket gemeinsam mit dem Koalitionspartner eins zu eins verabschiedet werden.

Dabei sollen Aufklärungsgespräche zwischen Eltern, Lehrern und Sicherheitsexperten über mögliche Gefahren informieren und einen sicheren Schulalltag gewährleisten. Außerdem wird es schulfremden Personen erschwert, sich Zutritt in Schulen zu verschaffen: Dafür wollen wir Videogegensprechanlagen installieren, über die sich Besucher während des Unterrichts anmelden müssen. Zusätzlich sollen Hausmeisterassistenten in und vor Grundschulen präsent sein.

Verbindliche Sprachstandsfeststellung

Ein wichtiger Schlüssel zum Bildungserfolg ist das Beherrschen der Sprache. Um die schu-

lischen Startmöglichkeiten aller Kinder entscheidend zu verbessern, wird die Teilnahme an der Sprachstandsfeststellung bußgeldgebundene Pflicht. Eine Nicht-Teilnahme zieht analog zur Schulpflicht ein Bußgeld nach sich. Das „Berliner Programm zur Vorbeugung und Bekämpfung von Schuldistanz“ soll dafür sorgen, dass die Prävention gegen Schulschwänzen gestärkt und die Schulpflicht konsequent und schnell durchgesetzt wird.

Lehrerausbildungsgesetz novelliert

Die Ausbildung der Lehrer wird novelliert. Nach einem gemeinsamen Bachelor-Studium wird es eine fachliche Ausdifferenzierung in zwei Masterstudiengängen (Gymnasium und ISS) geben, die mit zwei Masterabschlüssen in einem Lehramt „Studienrat (Gymnasium/ISS)“ enden.

Sprachlerntagebuch weitergeben

Beim Übergang der Kinder von den Kitas an die Schulen sollen alle relevanten und hilfreichen Informationen übermittelt werden. Die Weiterreichung der Sprachlerntagebücher wird

rechtssicher und datenschutzrechtlich zulässig geregelt. Beim Übergang von der Grund- zur Oberschule ist eine Geschwisterkinderregelung analog zum Zugang zur Grundschule anzuwenden. Auch hinsichtlich der wohnortnahen Versorgung erfolgt eine schülerfreundliche Lösung.

Berlin baut vor – schneller und bezahlbarer Wohnungsneubau

Bis zu 60.000 Wohnungen mehr für Berlins Mieter.

Verabschiedet wurde ein Konzept aus Wohnungsbaufonds und dem Engagement der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. So sollen insgesamt 320 Mio. Euro in Wohnungsbaufonds der Investitionsbank Berlin aus zweckgebundenen Bundesmitteln und Landes-Darlehensrückflüssen in Baufonds investiert werden. Für die Erteilung von Baugenehmigungen erhalten die Bezirke jeweils bis zu sechs befristete Personalstellen zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Für Bezirke, die innerhalb von 6 Monaten genehmigen, gibt es eine Prämie von 500 Euro pro Wohnung.

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 14

STRATEGIEN FÜR SCHNELLEN WOHUNGSNEUBAU UND BEZAHLBARES WOHNEN IN BERLIN

BAUSTEIN EINS: BEZAHLBARES WOHNEN IM BESTAND

30.000 zusätzliche städtische Wohnungen werden finanziert, Bündnis für Wohnen steuert

Mieten im sozialen Wohnungsbau in Großsiedlungen unter 6 € begrenzen

Ankaufsprogramm für Belegungsrechte für bezahlbaren Wohnraum

Ja zu Eigentum: Verlängerter Kündigungsschutz bei Eigenbedarf

Familienbaurdarlehen als neues Förderelement über die Investitionsbank Berlin

Fördertopf für altersgerechtes Wohnen schaffen, um Zusammenhalt zu schaffen

durch Mietengesetz des Bundes: Mietanstieg in Berlin begrenzt: 15% statt 20%

BAUSTEIN ZWEI: SCHNELLER WOHUNGSNEUBAU

Neubauleistung auf ca. 9.000 Wohnungen pro Jahr erhöhen, + 1000-3000 Wohnungen p.a.

Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren in den Bezirken

Bezirks-Prämien für schnelle Baugenehmigungen

Mehr Mitarbeiter in den bezirklichen Planungs- und Genehmigungsbehörden

Mehr Flächen durch Geschosserweiterung und Nachverdichtung

Wohnungsbaufonds als neues Instrument: 33 % belegungsgebundene Wohnungen, Miete maximal 6,40 €/qm, max. 2% Mietsteigerung p.a.

Förderung ist ausfinanziert



Florian Graf, Vorsitzender der CDU-Fraktion: „Bildung ist der Schlüssel zur Zukunft. Schulen sollen Orte der Sicherheit und Fürsorge, und nicht der Gewalt und Angst sein.“

Mehr Geld für Kitas – Mehr Geld zur Schul- und Sportanlagenanierung – Mehr Geld zur Schlaglochanierung

Zur Sanierung von landeseigenen Kita-Gebäuden wird ein Programm in Höhe von 10 Mio. Euro aufgelegt und nach Bedarf verwendet. Die bisherige 1-Euro-Übertragung von Kitas hat sich als nicht wirksam erwiesen und läuft aus bzw. wird durch insolvenz-sichere Erb-

baurechte ersetzt. Auch im Doppelhaushalt 2014/15 soll das Schul- und Sportanlagenanierungsprogramm auf hohem Niveau in Höhe von 64 Mio. Euro pro Jahr weiterhin als Landessonderprogramm fortgeführt werden.

Bereits im Haushaltsjahr 2013 war das Pro-

gramm auf diese Höhe verdoppelt worden. Die große Koalition steht zu einer stabilen Verkehrsinfrastruktur.

Das Programm zur Schlaglochanierung wird als Landessonderprogramm in Höhe von 25 Mio. Euro fortgesetzt.

Der Volksaufstand vom 17. Juni - ein Kampf um Freiheit, Demokratie und Wohlstand



Die Zeitzeugen Klaus Gronau und Günter Toepfer an historischer Stelle in der Leipziger- / Ecke Wilhelmstraße

17. Juni 1953 - innerhalb weniger Stunden entwickelte sich in über 700 Städten und Gemeinden der DDR aus einem Arbeiterprotest ein Volksaufstand. Eine Million Menschen gingen gegen die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen auf die Straße. Unter ihnen auch der damals 16-jährige Klaus Gronau aus Berlin und der damals 12-jährige Günter Toepfer aus Jena. Noch heute, 60 Jahre danach, sind ihre Erinnerungen an den Aufstand und seine blutige Niederschlagung greifbar.

„Bei uns in Berlin ging es schon am 16. Juni los“, erinnert sich Klaus Gronau, der zu jener Zeit eine Ausbildung zum Lebensmittelfachverkäufer bei der HO absolvierte. Von der Berufsschule machte er sich gegen 14 Uhr auf den Heimweg und beobachtete in der Stalinallee / Ecke Niederbarnimstraße eine Ansammlung von 30 bis 40 protestierenden Bauarbeitern. Sie brachten ihren Unmut über die von der SED beschlossenen Erhöhungen der Arbeitsnormen sowie über die Mangelwirtschaft in der SBZ zum Ausdruck. „Ich schloss mich spontan an“,

so Gronau. In kürzester Zeit schwoll der Demonstrationzug auf über 1.000 Personen. Die Losungen wurden zunehmend politisch, unter anderem wurden der Rücktritt der Regierung, freie Wahlen und die deutsche Einheit gefordert. „An der Oberbaumbrücke rissen wir sozialistische Plakate ab“, erzählt Gronau. „Später gab es Aufrufe zum Generalstreik für den nächsten Tag, den 17. Juni.“

Bei Günter Toepfer in Jena blieb es am 16. Juni noch weitestgehend ruhig. Über den Rundfunk im amerikanischen Sektor (RIAS) verbreitete sich die Nachricht von den Protesten in der Hauptstadt jedoch schnell in der ganzen DDR. „Am Vormittag des 17. überschlugen sich bei uns dann die Ereignisse“, so Toepfer. „In Jena befand sich mit Carl Zeiss das seinerzeit größte Kombinat der DDR. Es gab sehr viele Arbeiter, die unter den Normsteigerungen um 10 Prozent litten und genug von der schlechten Versorgungslage in der DDR und dem Hin und Her der SED hatten“, weiß Toepfer zu berichten. „Gegen 12 Uhr wurde unser Unterricht unterbrochen“,

erinnert sich der damalige Schüler. „Wir wurden angewiesen, sofort nach Hause zu gehen, aber ich ging nicht nach Hause.“ Stattdessen schloss sich auch Toepfer den demonstrierenden Arbeitern an und wurde Augenzeuge der Erstürmung des Gefängnisses am Steiger. Ein Erlebnis, das ihn für sein ganzes Leben prägte: „Die Enge der Zellen, diese Dunkelheit, die triste Stimmung - das bedrückte mich sehr. Damals als 12-Jähriger nicht ahnend, dass ich acht Jahre später für die Planung meiner Flucht aus der DDR das Schicksal der Häftlinge selbst teilen sollte, als Insasse im Gefängnis Hohenschönhausen.“ Erstürmt wurden an jenem Tag in Jena auch das Gebäude der SED-Kreisleitung, die Kreisdiensstelle des MfS sowie die Häuser der Massenorganisationen. Toepfer erinnert sich: „Bei der Erstürmung des FDJ-Hauses wurde ganz viel Papier aus den Fenstern geworfen. Ich hatte damals geplant, es als Altpapier zu verkaufen, um mir als Schüler was dazuzuverdienen. Angesichts der Razzien und Hausdurchsuchungen, die am nächsten Tag stattfanden, wurde mir das aber zu heikel und ich ließ das Papier gemeinsam mit dem Schild zur

„Stalin-Straße“, das ich während des Protestzugs abgerissen hatte, verschwinden.“ Um die zunehmenden Proteste niederzuschlagen, wurden sowjetische Panzer eingesetzt. „Die trafen aber erst gegen Nachmittag ein, da sich die russische

innern, dass neben mir ein großer Bauarbeiter in einem Gummimantel lief, der eine Stulle aus seiner Blechbüchse aß. Diesen Mann sah ich am Nachmittag wieder - er lag auf der Straße, vom Panzer überfahren. Seine Blechbüchse ne-



Division am 17. Juni etwa 200 km von Jena entfernt auf Manöver befand“, so Toepfer. Ohne Nachsicht reagierte das sowjetische Militär auf die protestierende Menschenmenge und Günter Toepfer sollte an diesem Tag zum zweiten Mal ein Erlebnis haben, das ihn bis heute verfolgt: „Ein Panzer fuhr direkt in die Menschenmenge, der Panzerführer brüllte etwas auf Russisch und feuerte mit seiner Kalaschnikow umher. Durch das Gedränge und die Panik wurde ich immer weiter Richtung Panzer gedrückt. Ich wollte nur noch weg, da ich befürchtete, dass mich der Panzer überrollt, wenn er sich in Bewegung setzt. Ich hatte Todesangst. Diese Angst ist für mich noch bis heute spürbar.“



Von einem solchen einschneidenden Erlebnis kann auch der Berliner Klaus Gronau berichten: „In den Morgenstunden des 17. Juni waren die Straßen voller Menschen. Ich ging nicht zur Arbeit, sondern marschierte mit den Streikenden Richtung Lustgarten. Ich kann mich noch er-

ben ihm, platt wie eine Briefmarke. Ich lief vor Angst nach Hause.“

Sowohl in Berlin als auch in Jena herrschte Ausnahmezustand. Volkspolizisten und sowjetische Soldaten schossen auf die Demonstranten. Insgesamt 55 Todesfälle sind durch Quellen belegt, etwa 20 weitere Fälle bis heute ungeklärt. Außerdem setzten die sowjetischen Truppen Standgerichte ein, die 19 Aufständische zum Tode und Hunderte zur Zwangsarbeit in Sibirien verurteilten. Im Zusammenhang mit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 wurden insgesamt etwa 1.600 Menschen verurteilt. Eine Reaktion, für die weder Gronau noch Toepfer Verständnis haben. „Als Zeuge dieses Aufstandes kann ich sagen, dass es sich um eine spontane, nicht koordinierte Aktion handelte“, so Gronau. „Außerdem war der Aufstand friedlich“, ergänzt Toepfer. „Die Demonstranten haben die Waffen, die ihnen in die Hände fielen, gezielt unschädlich gemacht. Das sagt doch schon alles.“

Zwar scheiterte der Volksaufstand, doch das nimmt ihm nichts von seiner historischen Bedeutung. Es bleibt festzuhalten, dass die Demonstranten vom 17. Juni 1953 die ersten waren, die sich in Osteuropa gegen das kommunistische System erhoben hatten. Ihr Kampf um Freiheit, Demokratie und Wohlstand sollte jedoch erst mehr als drei Jahrzehnte später mit dem Fall der Berliner Mauer sein Ziel erreichen.

SED-Symbole müssen endlich verboten werden!

Am 9. Mai 2013 ist ein Trupp von Männern am Sowjetischen Ehrenmal in Treptow in Stasi-Uniformen und Uniformen der Nationalen Volksarmee mit geschulterten Gewehren aufmarschiert, um die untergegangene SED-Diktatur zu verherrlichen. Die Verhöhnung der SED-Opfer, die Schikanen, Gefängnis oder Schlimmeres erlitten haben, hat damit eine neue, unerträgliche Dimension erreicht.

„Die vielen Gräueltaten unter der Führung der SED sind traurige Tatsache. Es ist vollkommen inakzeptabel, dass es beinahe 25 Jahre nach dem Untergang des kommunistischen Unrechtsregimes immer noch Unbelehrbare gibt, die die zweite Diktatur in Deutschland verharmlosen und umdeuten wollen,“ kritisierte Kai Wegner, Generalsekretär der Berliner CDU.

Für die Zukunft gelte es zu verhindern, dass die Stasiopfer, die bis heute unter den ihnen zugefügten Drangsalierungen litten, durch geschmacklose Kostümparaden und andere Provokationen erneut geschädigt würden. „Die Symbole und Uniformen der SED-Diktatur gehören in den Giftschrank oder meinetwegen ins Museum, aber nicht auf die Straßen des wiedervereinigten Deutschlands“, bringt Kai Wegner sein Anliegen auf den Punkt.

„Ein Verbreitungs- und Verwendungsverbot von Symbolen der SED-Diktatur ist notwendig, um den inneren Frieden in unserem Land zu wahren und die Gefühle der vielen Menschen, die unter



dem kommunistischen Unrechtsregime leiden mussten, wirkungsvoll zu schützen“, erläutert Kai Wegner, der auch Vorsitzender der Berliner Landesgruppe in der CDU/CSU-Fraktion ist, die gemeinsame Haltung. Deutschland müsse sich ein Beispiel nehmen an der Mehrzahl der mittelosteuropäischen Staaten. Diese hätten die richtigen Lehren aus ihrer Geschichte gezogen und die Verbreitung und Verwendung der Symbole totalitärer politischer Symbole strafrechtlich sanktioniert.



Verlängerung der A 100 – CDU hat Wort gehalten

Am 8. Mai fand der Spatenstich zum Weiterbau der Autobahn 100 (A 100) statt. Die Arbeiten auf dem 16. Bauabschnitt zwischen Neukölln und Treptow können damit beginnen. Für die Berliner CDU, die dieses bedeutende Infrastrukturprojekt seit Jahren unterstützt, war dieser feierliche Akt mehr als ein Symbol - auch deshalb, weil Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) mit von der Partie war.

„Der Spatenstich zur Verlängerung der A 100 ist ein wichtiges Signal für Berlin. Dies zeigt, dass wir Wort gehalten haben“, so der Generalsekretär der CDU Berlin, Kai Wegner.

Die über 400 Millionen Euro, die der Bund für den Weiterbau zur Verfügung stellt, seien eine gute Investition in die Zukunft unserer Stadt, erklärte Wegner. Sowohl die Menschen in den betroffenen Wohnsiedlungen als auch Unternehmen würden davon profitieren.

Bisher fahren PKW und LKW durch die Siedlungsgebiete. Nach der Fertigstellung des Weiterbaus soll ein Großteil des Verkehrs auf die Autobahn umgeleitet werden. Für den Generalsekretär der Berliner Christdemokraten ist das ein enormer Gewinn an Lebensqualität. „Wenn der Verkehr verlagert wird, sinken die Lärm-



Generalsekretär Kai Wegner, Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer und CDU-Fraktionsvorsitzender Florian Graf (v.l.n.r.) beim Spatenstich der A 100-Verlängerung in der Grenzallee

und Emissionsbelastungen sowie die Unfallgefahr deutlich.“

Kai Wegner, aber auch die Wirtschaftsvertreter in der Stadt, sehen zudem einen Vorteil für die Unternehmen. Nach der Realisierung des 16. Bauabschnittes würden die Unternehmen in den östlichen Bezirken einen besseren Verkehrsanschluss erhalten und der Flughafen BER wer-

de ebenfalls besser angebunden. „Die Verlängerung der A 100 ist damit eine notwendige Voraussetzung, um Wirtschaft und Beschäftigung in unserer Stadt weiter anzukurbeln“, bekräftigte Wegner.

Beim Spatenstich war neben Kai Wegner und dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Florian Graf auch Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) dabei. „Dies ist ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zu diesem zentralen Infrastrukturprojekt“, so Wegner, der auch Vorsitzender der Landesgruppe Berlin der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ist. Der Spatenstich

sei zudem ein eindeutiges Zeichen, dass sich die große Koalition in Berlin zu großen Infrastrukturvorhaben bekenne. Vor Ort außerdem: die Bundestagsabgeordnete Stefanie Vogelsang, die sich im Haushaltsausschuss maßgeblich für die Mittel des Infrastrukturprojektes eingesetzt hatte. Genauso beim Spatenstich anwesend: die Bundestagskandidatin des Bezirkes, Christina Schwarzer.

Aus dem Bundestag



Monika Grütters begrüßt Besucher im Bundestag



Am 22. April konnte Monika Grütters (CDU) eine Gruppe politisch interessierter Bürgerinnen und Bürger aus ihrem Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf im Deutschen Bundestag begrüßen. Nach einem Einblick in den „Alltag“ und die Aufgaben einer Bundestagsabgeordneten entwickelte sich eine lebhafte Diskussion. Im Zentrum des Interesses der Gruppe stand dabei die Bildungspolitik, zu der Monika Grütters als Mitglied des Ausschusses für Bildung und Forschung ausführlich Stellung bezog.

Karl-Georg Wellmann beim East-Forum-Berlin

Gemeinsam mit dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft hat der Berliner Bundestagsabgeordnete Karl-Georg Wellmann (CDU) die Gründung eines „East-Forum-Berlin“ als jährlich stattfindende hochrangige Veranstaltungsreihe initiiert. Am 17. und 18. April fand das „East-Forum“ erstmals in Berlin statt. Im Rahmen des Forums trafen sich Politiker und



Unternehmensführer aus Osteuropa mit Vertretern deutscher Firmen. Ziel des Forums ist es, die Rolle Berlins in den Ost-West-Beziehungen zu stärken und unseren Unternehmen neue Chancen in Osteuropa aufzuzeigen.

Vogelsang sucht Gastfamilien für das ...

... Parlamentarische Patenschafts-Programm Im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP) werden Abgeordnete des Deutschen Bundestages wieder die Patenschaft für amerikanische Austauschschüler/innen übernehmen. Als Bundestagsstipendiaten werden die 18-jährigen Amerikaner das Leben einer deutschen Familie kennenlernen und wertvolle Erfahrungen für ihre eigene berufliche und private Entwicklung machen. Um ihnen dieses besondere Erlebnis, das einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des deutsch-ameri-



kanischen Verständnisses leistet, zu ermöglichen, werden noch dringend nette Gastfamilien gesucht. Wenn Sie einen jungen Gast bei sich aufnehmen möchten, können Sie sich direkt an die verantwortliche Betreuerin vor Ort, Frau Grit Kümmele, unter der Telefonnummer: 030-24039271, mobil: 0176 62802569 oder per E-Mail an kuemmele@amerika-haus-berlin.de wenden.

Motor kaputt – Steffel vermittelt Spende an DLRG

Seit über 60 Jahren sorgt die DLRG in Reinickendorf für Sicherheit auf dem Wasser. Mit dem beginnenden Sommer startet die Wassersport-Saison wieder. Das heißt auch für die DLRG: ständige Präsenz und viel Einsatz. Da kam ein kaputter Boots-Motor mehr als unge-



legen. Deshalb organisierte der Reinickendorfer Bundestagsabgeordnete Dr. Frank Steffel (CDU) innerhalb weniger Tage eine Spende von 600 Euro von der Spielbank Berlin für einen modernen Hydraulik-Motor.

Luczak begrüßt Reform Insolvenzrecht

Das Restschuldbefreiungsverfahren für insolvente Existenzgründer und Verbraucher wird von sechs auf drei Jahre verkürzt, wenn sie mindestens 35 Prozent ihrer Schulden begleichen - fünf Jahre sind es, wenn sie wenigstens die Verfahrenskosten zahlen. Für Rechtspolitiker Jan-Marco Luczak ist das ein wichtiger Schritt, um Menschen eine zweite Chance zu ermöglichen: „Auch Gläubiger profitieren von der Neuregelung – die Mindestquoten verhindern Missbrauch und Schuldner erhalten so Anreize, möglichst viel zurückzuzahlen.“



Kontakt zu den Bundestagsabgeordneten der Berliner CDU: (Vorname der/des Abgeordneten). (Nachname der/des Abgeordneten)@bundestag.de – z.B. kai.wegner@bundestag.de

GESCHÄFTSSTELLEN UND BÜRGERBÜROS

Reinickendorf
Oraniendamm 6-10, Aufgang D,
13469 Berlin. Tel.: 496 12 46
Fax : 496 30 53, info@cdu-reinickendorf.de, www.cdu-reinickendorf.de

Mitte
Levetzowstr. 10, 10555 Berlin
Tel.: 395 27 80, Fax: 3903 4144
Email: kreisgeschaeftsstelle@cdumitte.de
Internet: www.cdumitte.de

Spandau
Hoher Steinweg 4, 13597 Berlin
Tel.: 333 11 33, Fax: 333 95 23
Email: info@cdu-spandau.de
Internet: www.cdu-spandau.de

Lichtenberg
Normannenstr. 1-2, 10367 Berlin
Tel.: 9760 1933, Fax: 9760 1928
Email: post@cdu-lichtenberg.de
Internet: www.cdu-lichtenberg.de

Charlottenburg-Wilmersdorf
Rathaus Charlottenburg,
Raum 229, 10585 Berlin
Tel.: 341 35 34, Fax: 341 02 50
Email: info@city-cdu.de
Internet: www.city-cdu.de

Tempelhof-Schöneberg
Tempelhofer Damm 158/160, 12099 Berlin
Tel.: 751 33 88, Fax: 752 22 74
Email: service@cdu-tempelhof-schoeneberg.de
Internet: www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de

Steglitz-Zehlendorf
Clayallee 349, 14169 Berlin
Tel.: 797 011 70, Fax: 797 011 71
Email: kontakt@cdusz.de
Internet: www.cdusz.de

Neukölln
Donaustr. 100, 12043 Berlin
Tel.: 687 22 99, Fax: 681 77 41
Email: info@cdu-neukoelln.de
Internet: www.cdu-neukoelln.de

Pankow
Berliner Straße 38, 13189 Berlin
Tel.: 428 74 81, Fax: 428 06 377
Email: kgs@cdupankow.de
Internet: www.cdupankow.de

Wuhletal (Marzahn-Hellersdorf)
Fritz-Reuter-Str. 11, 12623 Berlin
Tel.: 56 69 74 50, Fax: 56 69 74 55
Email: info@cduwuhletal.de
Internet: www.cduwuhletal.de

Friedrichshain-Kreuzberg
Markgrafenstraße 87, 10969 Berlin
Tel.: 2529 9580, Fax: 2529 9582
Email: info@cdu-friedrichshain-kreuzberg.de
Internet: www.cdu-friedrichshain-kreuzberg.de

TREPTOW-KÖPENICK
Dörpfeldstr. 51, 12489 Berlin
Tel.: 6397 9871, Fax: 6397 9872
Email: cdu-kv-tk@arcor.de
Internet: www.cdu-treptow-koepenick.de

Ausstellung zur Wiederbebauung des Rathausforums

Die Ergebnisse des von der CDU Berlin unterstützten Studentischen Architekturwettbewerbs wurden in der Galerie des Werkbunds in der Goethestr. 13 in Charlottenburg-Wilmersdorf ausgestellt. Bei der Eröffnung konnte der stadtentwicklungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, **Stefan Evers**, insgesamt sieben Preisträger für ihre Entwürfe auszeichnen. Zum Abschluss der Ausstellung diskutierte Evers unter anderem mit dem



SPD-Landesvorsitzenden **Jan Stöß** und Kulturstaatssekretär **André Schmitz** über eine Internationale Bauausstellung 2020 mit dem Schwerpunkt „Historische Mitte“.

CDU Gropiusstadt diskutiert mit Spiegel-Journalist Jan Fleischhauer

„Nicht nur linke Socken!“ - so lautete das Fazit der Diskussion der CDU Gropiusstadt mit dem Spiegel-Journalisten **Jan Fleischhauer** am Vorabend des 1. Mai. In Anlehnung an seinen Bestseller „Unter Linken?“ erörterten die Gäste, wie politisch die Medien in Deutschland sind. Die CDU Gropiusstadt setzte mit der Diskussion den Dialog zwischen Politik und Medien fort,



den sie im letzten Jahr mit dem B.Z.-Chefkolumnisten Gunnar Schupelius begann. „Der Einfluss von Medien auf politische Entscheidungen sowie von Politik auf die Medien ist interessant“, so der CDU-Vorsitzende **Christopher Kroll**. „Das gemeinsame Gespräch hilft, gern gepflegte Vorurteile abzubauen.“

Berliner Polizeipräsident besucht neuen CDU-Ortsverband Kreuzberg

Der neue Polizeipräsident von Berlin, **Klaus Kandt**, besuchte am 25. April zum ersten Mal

einen Berliner Ortsverband. Gleichzeitig war dies der erste Besuch eines Gastes im neugegründeten CDU-Ortsverband Kreuzberg. Bei der Diskussion nahm Kandt Bezug auf die Kriminalitätsstatistik und den 1. Mai. Dabei wurde deutlich, dass die Sicherheit dort steigt, wo die



Polizei Schwerpunkte setzt, z.B. im öffentlichen Nahverkehr, bei Brandanschlägen auf PKW und beim 1. Mai (welcher kurz darauf der friedlichste seit Jahrzehnten war). Deshalb zeigte sich der Polizeipräsident über die aktuelle CDU-Forderung nach 150 zusätzlichen Polizeistellen für 2014 sehr erfreut. Zum Abschluss durfte sich der Polizeipräsident in das Stammbuch des Ortsverbandes Kreuzberg einschreiben.

Vor Ort, wenn's brenzlig wird

Zwei Uhr morgens: Im Reinickendorfer Ortsteil Wittenau ist ein Unfall geschehen. Jetzt muss alles ganz schnell gehen. Der Notarzt der Freiwilligen Feuerwehr Wittenau rückt mit Blaulicht aus – mit dabei der Reinickendorfer Bundestagsabgeordnete **Frank Steffel** (CDU). Frank Steffel: „Die Leistung der ehrenamtlichen



Feuerwehrmänner ist beeindruckend. Sie bereichern unsere Gesellschaft durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit und stehen dabei für beispielloses Teamwork und Miteinander.“ Steffel begleitete die Freiwillige Feuerwehr aus Wittenau während einer Nachtschicht. Nach der Einweisung in die Fahrzeuge und ihre Ausstattung konnte er insgesamt fünf Rettungseinsätze begleiten und den Löschzug bei einem Wasserschaden unterstützen.

„Mütterrente kommt“

Die Frauen Union (FU) der CDU hat bei der zentralen Kundgebung zum „Equal Pay Day“ vor dem Brandenburger Tor die Botschaft „Mütterrente kommt“ verbreitet. „Rentalücke schließen – Kindererziehungszeiten stärker anerkennen“ - unter diesem Motto hat die FU mo-



bil gemacht. **Barbara Baumbach**, Mitglied im Bundesvorstand der Frauen Union, erklärt dazu: „Wenn die Mütterrente eingeführt wird, heißt das, dass eine Mutter mit drei Kindern, die vor 1992 geboren wurden, 84 Euro - im Osten 75 Euro - mehr monatliche Rente bekommt. Dies ist ein substantieller Beitrag zur Stärkung der eigenständigen Alterssicherung von Frauen und gegen Altersarmut.“ Aus der CDU-Fraktion des Bundestages waren zahlreiche Abgeordnete vor Ort, unter ihnen auch die stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Ingrid Fischbach**.

Monika Grütters auf Podiumsdiskussion zum Dekalog

Am 16. April 2013 diskutierte die CDU-Bundestagsabgeordnete **Monika Grütters** gemein-



sam mit Bischof **Wolfgang Huber**, Prof. **Ugo Perone** sowie Prof. **Ulrike Grossarth** über die Aktualität der Zehn Gebote. Was macht die Faszination der Zehn Gebote heute aus und welche Bedeutung haben sie für uns? Die Diskussion in der Neuen Nationalgalerie fand auf Einladung der Guardini Stiftung und der Stiftung St. Matthäus zum Auftakt der Reihe „Dekalog Heute“ aus Anlass des Reformationsjubiläums statt.

Zweiter Neumitglieder-Empfang

Zum zweiten Mal lud der Landesverband der CDU Berlin alle neuen Mitglieder, die in den vorangegangenen sechs Monaten eintraten, zu einem kleinen Empfang. Im vollen großen Saal der Landesgeschäftsstelle begrüßte der Landesvorsitzende **Frank Henkel** die neuen Mitglieder, berichtete aus seiner eigenen Anfangszeit und diskutierte aktuelle politische Fragen. Moderiert wurde die Veranstaltung vom Landesgeschäftsführer **Dirk Reitze**.



CDU Reinickendorf eröffnet neues Bürgerbüro in der Nordmeile

Die CDU Reinickendorf hat ein neues Bürgerbüro in der Nordmeile, Oraniendamm 6-10, Aufgang D. Feierlich eröffnet wurde es durch den Reinickendorfer Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden der CDU Reinickendorf, Dr. **Frank Steffel**, und Bezirksbürgermeister **Frank Balzer**. In den neuen Räumen ist nicht nur die



CDU-Kreisgeschäftsstelle untergebracht, sondern hier will die CDU Reinickendorf an einem zentralen, lebendigen Standort inmitten des Bezirks auch Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger sein. Parkplätze befinden sich direkt vor der Tür und auch mit den öffentlichen Verkehrsmitteln (Bus, 122, 220, 222, 322) ist das Bürgerbüro gut erreichbar. Telefonisch erreichen Sie das Bürgerbüro unter der Nummer 496 12 46 oder per e-Mail unter info@cdu-reinickendorf.de.

Heilmann zum Kreisvorsitzenden von Steglitz-Zehlendorf gewählt

Mit einer starken Mehrheit von 85,3 Prozent wurde Justizsenator **Thomas Heilmann** an die Spitze des größten CDU-Kreisverbands Berlins gewählt. Schon zum Anfang seiner Rede gab Heilmann das Ziel vor: „Einigkeit in diesem Kreisverband“. Ein starkes Programm ist dafür meist der Schlüssel zum Erfolg, also legte er nach und erklärte in seiner Vorstellung, dass der Bundestagswahlkampf und die Unterstützung seines Stellvertreters und Bundestagskandidaten **Karl-Georg Wellmann** höchste Priorität habe. Inhaltlich betonte Heilmann, für die Bewahrung der einzigartigen historischen Wohngebiete im



Bezirk zu kämpfen, gleichzeitig Raum für neue Wohnungen zu schaffen und Schulen im Bezirk noch besser unterstützen zu wollen. Die im Bezirk erfolgreich arbeitende Koalition mit den Grünen solle fortgesetzt werden, so Heilmann, auch wenn die Grünen bundespolitisch weit nach links gerückt seien.

Wellmann beim Japanischen Kirschblütenfest

Am 28. April fand in Teltow an der Grenze zum Berliner Ortsteil Lichtenfelde Süd das 12. Japanische Kirschblütenfest Hanami statt. Dieses Fest entlang des Berliner Mauerwegs lockt stets auch viele Besucher aus Steglitz-Zehlendorf an. Der CDU Ortsverband Lilienthal und die



CDU Teltow waren mit einem gemeinsamen Infostand vor Ort. Der CDU-Bundestagsabgeordnete **Karl-Georg Wellmann** besuchte gemeinsam mit dem Bezirksbürgermeister von Steglitz-Zehlendorf, **Norbert Kopp** (CDU), das diesjährige Fest.

Frauen Union Berlin - Töpfer als Landesvorsitzende wiedergewählt

Mit einem bemerkenswerten Wahlergebnis von 90 Prozent wurde die bisherige Landesvorsit-



zende der Berliner Frauen Union, **Edeltraut Töpfer** (Steglitz-Zehlendorf), auf dem Landesdelegiertentag in ihrem Amt bestätigt. Auch ihre vier Stellvertreterinnen **Marion Halten-Bartels** (Charlottenburg-Wilmersdorf), **Christine Nünthel** (Lichtenberg), **Katrin Schultze-Berndt** (Reinickendorf) und **Monika Thamm** (Tempelhof-Schöneberg) wurden mit überzeugender Mehrheit wiedergewählt.

Großes Maifest »Bunte Platte« in Hohenschönhausen

Tausende interessierte Berliner nutzten die Gelegenheit, sich beim traditionellen 1. Maifest „Bunte Platte“ in Hohenschönhausen auch



über Politik zu informieren. **Danny Freymark**, Lichtenberger CDU-Abgeordneter, **Gregor Hoffmann**, Fraktionsvorsitzender in der BVV, sowie **Dr. Martin Pätzold**, Bundestagskandidat in Lichtenberg, waren als Ansprechpartner präsent. Bei der am Mittag stattfindenden Dis-

kussion mit anderen Bundestagskandidaten präsentierte Dr. Martin Pätzold seine Themen in einer direkten Kandidatenrunde vor über 500 Zuschauern.

Mehr Geld für Berlins Krankenhäuser

Krankenhäuser leisten mit ihren Beschäftigten einen unverzichtbaren Beitrag zu einer qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung der



Menschen in unserem Land. Seit Jahren hat sich die wirtschaftliche Situation vieler Krankenhäuser verschlechtert, bedingt durch gestiegene Personal- und Sachkosten, einen unzureichenden Beitrag der Länder für Investitionen und noch nicht erfolgte Verbesserungen in der Arbeitsorganisation der Krankenhäuser. Deshalb hat die Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete **Stefanie Vogelsang** dafür gekämpft, dass den Krankenhäusern für die Jahre 2013 und 2014 insgesamt rund 880 Millionen Euro kurzfristig und unbürokratisch zur Verfügung stehen.

Leiter des teAM Deutschland besucht CDU Greifswalder Straße

Der Leiter des teAM Deutschland, **Thorsten Rietbrock**, gab den Mitgliedern und Gästen des CDU Ortsverbandes Greifswalder Straße spannende Einblicke in die Arbeit des teAMs in der Bundesgeschäftsstelle und Infos über den Wahlkampf. Die Wahl sei keinesfalls schon heute ent-

schieden, auch wenn die guten Umfragewerte für unsere Bundeskanzlerin für sich sprächen, so Rietbrock. „Ein großer Teil der Wähler entschei-



det sich in den letzten Tagen vor der Wahl.“ Daher sollte in diesen Tagen auch ein Schwerpunkt der Wahlkampfarbeit liegen. Aber natürlich ist die CDU Greifswalder Straße auch schon in diesen Tagen unterwegs - wie zum Beispiel mit ihren regelmäßigen Infoständen in den Kiezen.

Luczak besucht das Technische Hilfswerk

Der Deutsche Bundestag hat zum Jahresbeginn das „Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes“ verabschiedet. Der Tempelhof-Schöneberger CDU-Bundestagsabgeordnete **Jan-Marco Luczak** nahm dies zum Anlass, den ehrenamtlich Tätigen des Technischen Hilfswerkes Tempelhof-Schöneberg vor Ort Lob und Anerkennung auszusprechen. Er informierte sie dabei persönlich über die Verbesserungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen für ehrenamtlich Tätige und sagte ihnen seine Unterstützung bei ihrer wertvollen Tätigkeit zu.



Fortsetzung von Seite 2

Ein nettes Ergebnis, der besonderen Art, zeigte die bereits im Januar geschlossene Briefumfrage. Die Zahlen dazu wurden bereits in der letzten Ausgabe dieser Zeitung veröffentlicht. Unter all den Rücksendern dieser Umfrage wurde für drei Gewinner ein gemeinsames Abendessen mit dem Landesvorsitzenden Frank Henkel verlost, welches nun stattgefunden hatte. Julia Elkemann (Friedrichshain-Kreuzberg), Peter



Mard (Charlottenburg-Wilmersdorf) und Heiko Pruggmayer (Tempelhof-Schöneberg) waren die Glücklichen, die bei einem ausgiebigen Mahl über Politisches und Persönliches mit dem Gastgeber plauderten.

Fortsetzung von Seite 7

Bei Eigenbedarfskündigungen gilt fortan ein zehnjähriger Kündigungsschutz in Gebieten, in denen eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet ist. Daneben werden die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften bis 2018 mindestens 775 Mio. Euro für den Wohnungsbau mobilisieren, davon 175 Mio. Euro Eigenkapital und 600 Mio. Euro Fremdkapital.

Und der Liegenschaftsfonds bleibt erhalten: Berliner Immobilienmanagement (BIM) und der Liegenschaftsfonds Berlin (LFB) werden zusammengeführt und verschmolzen. Aufnehmende Gesellschaft ist der Liegenschaftsfonds.

CDU Berlin startet Netzwerk Integration

Der Vorstand der CDU Berlin hat als erster Landesverband beschlossen, ein Netzwerk Integration einzurichten. Es soll allen interessierten Mitgliedern eine Möglichkeit geben, sich über dieses Thema auszutauschen. Mit der Auftaktveranstaltung Mitte Mai nahm das Netzwerk Integration der CDU Berlin offiziell seine Arbeit auf.

Den Startschuss gab der Landesvorsitzende der CDU Berlin, Frank Henkel. „In Berlin leben und arbeiten Menschen aus über 180 Nationen. Ihr Zusammenleben zu gestalten, ist ein wichtiger Bestandteil unserer Politik“, erklärte der Berliner Parteichef. Ziel sei es, Mitglieder mit und ohne Zuwanderungsgeschichte zusammenzubringen, die sich aktiv für eine erfolgreiche Integration und den Zusammenhalt der Gesellschaft einsetzen wollen. Im Mittelpunkt stünde neben dem Kennenlernen auch der Erfahrungsaustausch. „Nur dort, wo Menschen mit den unterschiedlichsten Erlebnissen miteinander reden, entstehen neue Ideen“, so Frank Henkel weiter. Wie bedeutend dieses Thema und diese Initia-

tive ist, zeigte die Teilnahme der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Prof. Dr. Maria Böhmer (CDU). Kai Wegner, Generalsekretär der CDU Berlin, sprach in seiner Begrüßung von einem weiteren Beleg für den Modernisierungskurs der Berliner Union. Mit dabei war auch die Sprecherin des neu gegründeten Netzwerkes Integration, Gonca Türkeli-Dehnert. Die Aufgabe des türkischstämmigen CDU-Mitglieds ist es, das Netzwerk in Berlin aufzubauen.

Die CDU Berlin setzt mit dem Netzwerk Integration auf Landesebene zum ersten Mal das auf Länderebene um, was die Bundes-CDU initiieren wollte. Durch den Generalsekretär der CDU Deutschlands, Hermann Gröhe, wurde im letzten Jahr der Grundstein für das Bundesnetzwerk Integration im Konrad-Adenauer-Haus gelegt.



Seit Jahren beschäftigt sich die CDU auf Bundes- wie auf Landesebene intensiv mit dem Thema Integration. Der gleichnamige Gipfel der CDU-geführten Bundesregierung und das Gesetz zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse sind nur einige Beispiele. In Berlin hat die Hauptstadtunion unter anderem sehr viel positive Resonanz auf ihr Integrationskonzept „Gemeinsinn und Leistung“ erhalten. Eine wichtige Initiative ist zudem der Wertedialog, den Frank Henkel als Innensenator ins Leben gerufen hat, um ein gutes Zusammenleben in unserer Stadt zu fördern. Das Netzwerk Integration der CDU Berlin soll einen weiteren Beitrag dazu leisten, dass die Integration in der Hauptstadt noch besser gelingt. „Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit und über viele helfende Hände“, so Parteichef Frank Henkel. Viele Mitglieder sind der Einladung zur Gründungsveranstaltung gefolgt. Nach dem gelungenen Auftakt gilt es nun, das Netzwerk Integration mit Leben zu füllen.

Ein starkes Berlin in einem starken Europa

Die CDU Berlin steht zum europäischen Gedanken der Gemeinschaft. Gleichzeitig soll die Rolle der Metropole Berlin in der Europapolitik gestärkt werden. Vor diesem Hintergrund beschlossen die Delegierten auf dem 11. Kleinen Parteitag Ende April, an dem auch der Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble (CDU), teilnahm, den Leitantrag „Ein starkes Berlin in einem starken Europa“.

„Europa ist mehr als Euro und Cent. Europa ist nach unserem Verständnis eine Schicksals- und Wertegemeinschaft“, sagte CDU-Generalsekretär Kai Wegner in seiner Begrüßungsrede. Berlin und Deutschland hätten von Europa profitiert und täten dies trotz der Herausforderungen auch weiterhin. Die Gemeinschaft sei nach wie vor auch ein Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), den die Berliner CDU als Gastredner gewinnen konnte, betonte ebenfalls die Bedeutung der Europäischen Gemeinschaft und auch die Verantwortung ihr gegenüber. Ausdauernd stellte er sich der Diskussion mit den Delegierten.

Der Leitantrag zum Kleinen Landesparteitag, der den Titel „Ein starkes Berlin in einem

starken Europa“ trägt, stammt maßgeblich aus der Feder des Berliner CDU-Europaabgeordneten Joachim Zeller. In dem fünfseitigen Konzept fordert die Hauptstadtunion unter anderem, Städten und Ballungsräumen wie Berlin eine größere Rolle in der Schwerpunktsetzung der EU-Politik zukommen zu lassen. So soll der Weg, den die Europäische Kommission vorgezeichnet und durch den für die nächste Förderperiode erstmals eine städtische Dimension in die Förderpolitik Eingang gefunden hat, konsequent weitergegangen und ausgebaut werden. Darüber hinaus spricht sich die Berliner CDU für die Weiterentwicklung Berlins zur Verkehrsdrehscheibe auch für Nord-Süd-Verkehr

sowie für die Einsetzung einer europäischen Staatsanwaltschaft zur besseren Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität aus. Außerdem soll durch die EU ein spezieller Fonds zur Finanzierung der Kosten der wirtschaftlichen Migration - beispielsweise für die Finanzierung von Unterkünften, der Beschulung und der Krankenversicherung - eingerichtet werden, der für



betreffende Gemeinden zugänglich ist. Die Berliner CDU wartete jedoch nicht nur mit einem Konzept auf. Anlässlich des Kleinen Parteitages erweiterte sie auch ihre Kampagne „Wir wollen's wissen“. Zum einen wurden die Ergebnisse der letzten „Umfrage des Monats“ zum Thema Europa, Euro oder dem EU-Beitritt der Türkei in die Diskussion über den Leitantrag eingebracht.

Zum anderen konnten alle Mitglieder der Berliner CDU Fragen und Anmerkungen an den Kleinen Parteitag formulieren. Eine weitere Neuerung war die Live-Übertragung eines Parteitages im Internet. Unter www.cduberlin.de hatten Mitglieder und Interessierte die Möglichkeit, in Echtzeit dabei zu sein. Der 11. Kleine Parteitag ist ein neuerlicher Beleg dafür, dass die Berliner CDU weiter an ihren Inhalten arbeitet und ihr Profil schärft. Gleichzeitig setzt sie mit ihren Neuerungen ihren Modernisierungskurs konsequent fort.

IMPRESSUM

CDU-Landesverband Berlin, Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin
Tel.: 030 - 32 69 04-0
Fax: 030 - 32 69 04-44

REDAKTIONSLEITUNG:
Kai Wegner
CHEFREDAKTEUR:
Dirk Reitze

REDAKTION:
Ada Wendel, Gina Schmelter

LAYOUT und Produktion:
BerlinMedia GmbH
DRUCKEREI Vettors

Bildnachweis:
von oben links nach unten rechts:
S. 1: von Wensierski, privat, Reitze, Sukale *
S. 2: Reitze * S. 3: Fotolia, Karin und Uwe Annas, Yves Sucksdorff *

S. 4-5: von Wensierski *
S. 6-7: Fotolia, contrastwerkstatt;
Schaubild: CDU-Fraktion Berlin, Lüdecke *
S. 8-9: Reitze * S. 10: Reitze *
S. 11: Bundestagsbüro (BTBü) Grütters, BTBü Dr. Steffel, BTBü Vogelsang, BTBü Wellmann, BTBü Luczak *
S. 12: privat, CDU Kreuzberg, privat,

CDU Gropiusstadt, CDU Wittenau, privat *
S. 13: Schmelter, CDU Steglitz-Zehlendorf, privat, CDU Reinickendorf, privat, CDU Lichtenberg *
S. 14: privat, CDU Greifswalder Straße, privat, Reitze *
S. 15: Reitze * S. 16: Sukale

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Erscheinungsweise: Erscheint einmal im Quartal

Der friedlichste 1. Mai seit Jahren in Berlin

Während der 1. Mai in Berlin in der Vergangenheit oft mit massiven Ausschreitungen verbunden war, haben die meisten Menschen den diesjährigen 1. Mai friedlich erlebt. Egal, ob sie demonstrierten oder feierten, es blieb weitestgehend ruhig. Die Strategie von Innensenator Frank Henkel (CDU) und der Polizei, nur dann konsequent einzugreifen, wenn Kommunikation allein nicht mehr reicht, ist aufgegangen.

7.000 Polizisten waren insgesamt in der Walpurgisnacht und am 1. Mai im Einsatz. Laut Polizei wurden an beiden Tagen 94 Personen festgenommen und 54 Polizisten verletzt. 2012 waren es 133 verletzte Beamte und 123 Festnahmen. „Das sind ermutigende Zeichen. Dort, wo es kurze Gewaltausbrüche gab, konnten sie schnell eingedämmt werden. Die Polizei hatte die Lage

jederzeit im Griff“, erklärt Innensenator Henkel. Die Polizeiführung bezeichnete die NPD-Demonstration und die Gegenkundgebungen in Schöneweide und die 18-Uhr-Demonstration in Kreuzberg als besondere Herausforderung. Auch wenn es vereinzelt zu Gewalt kam, geht der 1. Mai 2013 in die Geschichte als friedlichster 1. Mai seit 1987 ein. „Das lag zum einen daran, dass die Polizei ihre Strategie kontinuierlich verbessert hat. Die Einsatzkräfte vor Ort haben viel kommuniziert, Gelassenheit gezeigt, waren notfalls aber auch sehr präsent. Außerdem waren uns im Vorfeld

Transparenz und Offenheit wichtig“, fasst Frank Henkel zusammen. Auf der anderen Seite hätten es die Demonstrationsteilnehmer selbst in der Hand gehabt. Eine Demonstration, die nicht eskaliert, gelange auch bis zu ihrem Endpunkt.



Für Frank Henkel ist klar: Solange es Festnahmen und verletzte Polizisten gibt, könne von einem friedlichen

1. Mai keine Rede sein. Aber Dank der Besonnenheit der Polizei und vielen Bürgerinnen und Bürgern, so der Innensenator, sei Berlin diesem Ziel ein Stück näher gekommen.

Mitmachen beim CDU-Wahlprogramm

Die CDU Deutschlands hat die zweite Phase der Mitmach-Aktion für die Erstellung ihres Regierungsprogramms gestartet. Bis Ende Mai können alle CDU-Mitglieder auf der Plattform CDUplus über 45 Thesen zu den verschiedensten Politikfeldern diskutieren und darüber abstimmen.

Die Mitglieder entscheiden, welche Forderungen ihnen besonders wichtig sind und in das Regierungsprogramm der Union einfließen sollen. Wichtigste Grundlage für diese Thesen sind die Ergebnisse der ersten Phase, die in der vergangenen Woche zu Ende gegangen ist. Seit Anfang März waren unter dem Motto „Was mir am Herzen liegt“ alle Bürgerinnen und Bürger



dazu aufgerufen, online oder per Postkarte ihre Anregungen für das Regierungsprogramm der Union mitzuteilen. Insgesamt sind rund 10.000 Vorschläge im Konrad-Adenauer-Haus eingegangen. In vielen Kreisverbänden habe es Ver-

anstaltungen der Bundestagskandidatinnen und -kandidaten gegeben, bei denen vor Ort über das Regierungsprogramm diskutiert wurde. Zusätzlich lädt die CDU im Mai und Juni zu drei Diskussionsveranstaltungen im Konrad-Adenauer-Haus unter dem Motto „Was liegt Ihnen am Herzen?“ ein. Dabei können die Besucher mit den CDU-Ministern und Generalsekretär Hermann Gröhe über ihre Ideen und Wünsche für das Regierungsprogramm diskutieren.

Hintergrund

Das gemeinsame Regierungsprogramm von CDU und CSU wird am 23. Juni 2013 bei einer Sitzung der beiden Vorstände in Berlin beschlossen.

INFO-
COUPON

Name, Vorname

Straße, Hausnummer, PLZ

Telefon

eMail

- Ja, ich interessiere mich für die Arbeit der CDU Berlin: Senden Sie mir Informationsmaterial zu!
- Ja, ich möchte Mitglied der CDU werden: Nehmen Sie Kontakt mit mir auf.

CDU Berlin • Kleiststraße 23-26 • 10787 Berlin
Tel.: 030. 32 69 04 - 0 • Fax: 030. 32 69 04 - 44 • cduberlin@cduberlin.de

Mitmachen. **CDU**